

Antragsteller*innen: OV Medien München

Zur Weiterleitung an: ~~Bezirksvorstand München, Fachbereichskonferenz A~~, Bezirkskonferenz, ~~Landesbezirksvorstand, Landesbezirkskonferenz~~

**Titel: Gegen den Generalangriff von Unternehmern und Regierung!
Es ist Zeit dagegen zu handeln!**

Antrag:

Wir fordern eine systematische Kampagne von ver.di und ~~möglichst mit dem~~ DGB gegen Kürzungen und soziale Angriffe:

1. Die Demonstrationen und Aktionen gegen die Angriffe der Regierung und Unternehmerverbände auf unsere sozialen Errungenschaften müssen fortgeführt werden auch über die im Herbst geplante Großdemonstration hinaus.
2. Dafür ist eine systematische Informationskampagne in den Betrieben und in der Öffentlichkeit durch Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, Massenflugblätter, Plakatkampagnen über die Pläne der Regierung und Arbeitgeberverbände notwendig. Dazu können auch die Materialien der DGB-Bayern Sozialstaatskampagne genutzt werden.
3. Dabei muss auch der Zusammenhang zwischen den geplanten Kürzungen mit dem Ziel der NATO die Militärausgaben auf 5 % des Bruttoinlandproduktes (BIP) zu erhöhen, aufgezeigt werden. Es muss herausgestellt werden, dass diese Militärausgaben nur auf Kosten der Interessen der arbeitenden Bevölkerung, der Sozialhilfeempfänger:innen, der Jugend, der Migrant:innen und Asylbewerber:innen durchgesetzt werden können, die dafür mit ihren sozialen Errungenschaften zahlen sollen. Die Aufrüstung ist deswegen abzulehnen.
4. Auch die Tarifkämpfe insbesondere im Öffentlichen Dienst müssen sich offensiv gegen diesen massiven Umverteilungskurs zugunsten von Rüstung und Reichen stellen. Der Zusammenhang zwischen mangelnder Besteuerung und großzügiger Entlastung von Reichen und Turbo-Aufrüstung einerseits sowie von Sozialkürzungen und Angriffen auf gewerkschaftliche Errungenschaften andererseits muss offensiv thematisiert und für die Streik-Mobilisierung genutzt werden. Nur so können vor allem weitere Reallohnverluste verhindert werden.
5. Um die Aktionen auf eine breitere Grundlage zu stellen, ist die Durchführung lokaler, regionaler und bundesweiter Aktionskonferenzen notwendig, die gewerkschaftliche und andere Aktive zusammenbringen, Forderungen beschließen und Aktionspläne ausarbeiten.
- ~~6. Wir brauchen einen Schulterschluss mit und Unterstützung von Initiativen und Bündnissen, die im Kampf gegen aktuelle Kürzungen bereits vor Ort bestehen~~
7. Um die Angriffe zurückschlagen zu können, ~~brauchen wir~~ sind über Großdemonstrationen hinaus, ~~die Vorbereitung eines politischen Massenstreiks politische Streiks~~ notwendig.
8. Um Kolleg*innen auf die Angriffe und nötigen Gegenmaßnahmen bis hin zu politischen Streiks vorzubereiten, wird zum Thema politischer Streik eine Reihe von Seminaren und Veranstaltungen für Aktive und Vertrauenspersonen sowie in Betrieben angesetzt.

Begründung:

Es vergeht kaum eine Woche ohne neue Drohungen gegen uns: Kürzungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Einführung von Karenztagen bei Krankschreibungen, Einschränkung des Rechts auf Teilzeit, die Abschaffung des Acht-Stunden-Tages oder die Schwächung der gesetzlichen Rente. Den Unternehmerverbänden reicht das alles noch nicht.

Das stellt einen Generalangriff auf lang erkämpfte Errungenschaften von uns Kolleg:innen dar. Wenn wir als Gewerkschaften uns diesem nicht wirksam entgegenstellen, wird das nicht nur den Rechtsrutsch in Deutschland weiter befördern, sondern wir werden einen staatsautoritären Umbau unserer Gesellschaft erleben, der nicht nur demokratische Rechte bedroht, sondern die Kriegsgefahr erhöht!

Um dies alles zu rechtfertigen, wird eine Riesenpropaganda aufgesetzt, wir könnten uns einen Sozialstaat nicht mehr leisten!

Das alles ist aber kein Naturgesetz. Es ist politischer Wille. An Geld mangelt es nicht: Gleichzeitig erhalten die großen Konzerne Steuergeschenke – auch die, die trotz Krise Profite machen – und werden weiter entlastet, wird die Aufrüstung allein aus diesem Haushalt mit 20 Mrd.– abgesehen von der Neuverschuldung – weiter vorangetrieben. Milliarden, die im Gesundheitswesen, bei den maroden Schulen, bei der sozialen Arbeit, bei der Bildung, im kulturellen Bereich etc. fehlen!

Es ist von daher zu begrüßen, dass der DGB-Bayern eine Sozialstaatskampagne begonnen und dafür erste Konferenzen organisiert hat. Ver.di hat bundesweit anlässlich der Gesundheitsminister:innenkonferenz am 10.6. zu örtlichen und regionalen Kundgebungen und Demonstrationen aufgerufen, dem tausende Kolleg:innen gefolgt sind.

Das zeigt, die Gewerkschaften müssen jetzt weiter gegen die kommenden Angriffe auf das Gesundheitswesen, auf die Rente, auf sämtliche soziale Errungenschaften aktiv bleiben und einen wirksamen Widerstand – auch mit entsprechenden Initiativen, Bündnissen u.ä. – aufbauen.

Im Herbst 2025 sprach die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi von möglichen Streiks gegen die neoliberale Marktpolitik*. Damit hat sie die Notwendigkeit von politischen Streiks auf die Tagesordnung gesetzt. Eine breite offensive und sachliche Diskussion in der Gewerkschaft über den politischen Streik ist dringend erforderlich.

Die Behauptung, der politische Streik sei in Deutschland grundsätzlich verboten, ist faktisch falsch. Diese Legende beruht auf einer engen, historisch gewachsenen und politisch motivierten Rechtsauslegung, nicht jedoch auf einem ausdrücklichen gesetzlichen Verbot. Internationale Rechtsgrundlagen – insbesondere die Europäische Sozialcharta – erkennen das Recht auf kollektive Maßnahmen ausdrücklich an, auch jenseits tariflicher Ziele. Letztlich ist es eine Frage der Kräfteverhältnisse: je mehr Kolleg*innen sich an einem politischen Streik beteiligen, umso weniger wird die Gegenseite in der Lage sein, Repressionen durchzusetzen.

Der politische Streik ist kein Selbstzweck, sondern ein notwendiges Mittel gewerkschaftlicher Gegenmacht in Zeiten multipler Krisen. Ihn wieder auf die Tagesordnung zu setzen, ist Ausdruck gewerkschaftlicher Verantwortung und demokratischer Selbstbehauptung.

—
*www.zeit.de/politik/deutschland/2025-10/dgb-chefin-yasmin-fahimi-marktpolitik-streiks
[19:54, 17.2.2026]